

Umgang mit Flucht nach Deutschland – notwendige politische Maßnahmen aus sozialpsychologischer Sicht

Offener Brief

15.09.2015

An die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

An die Fraktionen im Bundestag

An die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten

An die Fraktionen in den Landtagen

**Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Damen und Herren,**

Umfragen zeigen, dass es gegenwärtig große Zustimmung dazu gibt, dass Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden und hier Schutz finden sollen. Die Unterstützung für Flüchtlinge aus der Bevölkerung ist beeindruckend. Es besteht allerdings die Gefahr, dass diese positive Haltung nicht stabil ist und dass zumindest Teile der Gesellschaft in Ablehnung, vielleicht sogar aktive Zurückweisung und Gewalt kippen. Dies hätte massive Auswirkungen auf die Flüchtlinge und den Zusammenhalt der Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa. Aus sozialpsychologischer Perspektive sind einige Entwicklungen besorgniserregend, aber – bei entsprechendem Willen - auch vermeidbar. Wir sehen uns daher veranlasst, hierzu aus wissenschaftlicher Perspektive Stellung zu beziehen.

Die Unterstützung, aber auch die Zurückweisung von Menschen und Menschengruppen ist stark von Gefühlen abhängig. Empathie, d.h. das Nachvollziehen der Lage der Anderen und das Mitfühlen ihrer Befindlichkeit, treibt Hilfeverhalten an. Vorurteile, Diskriminierung und Gewalt werden dagegen insbesondere durch Angst, aber auch Wut begünstigt. Die gegenwärtige Einwanderungssituation nach Deutschland ist unklar. Meldungen über große Zahlen von Menschen, die täglich nach Deutschland kommen, verunsichern. Viele Menschen stellen sich die Frage, wie sie eine solche Situation bewerten sollen. Sie holen sich Antworten im Freundeskreis, aus sozialen Netzwerken, bei der Politik und aus den Medien.

1. Politik, Meinungsführer, Behörden und Medien müssen klare Antworten geben und Lösungswege aufzeigen. Das vermindert Unsicherheit, Angst und Wut. Darüber hinaus gilt:

Menschen haben ein Bedürfnis, in einer Welt zu leben, in der es vorhersehbar und gerecht zugeht. Die Erfahrung, dass wir oder andere auf Dauer Ungerechtigkeit, Benachteiligung oder Gewalt ausgesetzt sind, ohne dass es dafür eine plausible Erklärung gibt, bringt Menschen dazu, die Ursachen dafür bei den Opfern selbst zu verorten. Die Gefahr ist groß, dass Flüchtlinge selbst für ihr Schicksal verantwortlich gemacht werden, wenn das Elend der Flüchtlinge nicht abgemildert wird. Notwendig und überfällig sind der politische Wille und die rechtlichen Regelungen dazu, wie Asylsuchende Anträge stellen können, ohne sich zuvor in Lebensgefahr zu begeben. Klarheit bedeutet auch eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung und eine faire und zügige Entscheidung in Asylverfahren. Es fehlen Alternativen für Menschen, die aus ökonomischen Notlagen zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland und Europa kommen - Asylanträge können hier nicht der richtige Weg sein. Nach klaren Antworten verlangt insbesondere auch die Frage, wie Deutschland und Europa mit den Kriegen, den wirtschaftlich desaströsen Situationen und Diskriminierungen in den Herkunftsländern umgehen wollen, die die Menschen in die Flucht treiben.

2. Rechtsradikale versuchen, die Unsicherheit im Umgang mit Einwanderung für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren: Sie entwerfen Schreckensszenarien, um negative Emotionen und damit Ablehnung in der Bevölkerung zu schüren. Politische Instrumentalisierung des Fluchtelends ist für demokratische Parteien unakzeptabel.

3. Negative Emotionen, Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt gegen Andere entstehen insbesondere dann, wenn der Eindruck aufkommt, die Anderen nehmen „uns“ etwas weg oder sie bedrohen für uns wichtige Werte und Lebensformen. Diese Gefahr entsteht vor allem dann, wenn durch mangelhafte Finanzierung z.B. auf kommunaler Ebene eine unmittelbare Mittelkonkurrenz zwischen der Ausstattung öffentlicher Einrichtungen oder Dienstleistungen und der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften besteht. Die Aufnahme von Menschen sollte mit möglichst wenig Einschränkungen für die bereits Anwesenden verbunden sein.

4. Viel zu wenig beachtet und betont wird, dass Einwanderung - mittel- und langfristig – zu einer Gewinnsituation für alle Beteiligten beiträgt. Dazu zählt eine positive Veränderung der gegenwärtigen Altersstruktur: Mehr Junge werden helfen, die Renten zu sichern. Einwanderung wird dazu beitragen, den Fachkräftemangel in vielen Berufen zu beseitigen. Und dazu gehört auch, dass Einwanderung auf lokaler Ebene zum Erhalt von Infrastruktur beitragen wird, indem Kindergärten, Schulen, Sportvereine oder der Lebensmittelladen nebenan doch in der ansonsten schrumpfenden Gemeinde bleiben können.

5. Die Unsicherheit im Umgang mit Flüchtlingen ist vor allem bei den Menschen groß, die

keine Erfahrung mit Einwanderung haben – Menschen fürchten besonders das Unbekannte, oder eben: die Unbekannten. Kontakt hilft, Vorurteile zu überwinden. Umfragen, auch die aktuellen zur Akzeptanz von Flüchtlingen, zeigen, dass Menschen im Osten Deutschlands mehr Ressentiments haben als im Westen. Dies geht u.a. auf die historisch bedingten geringeren Einwanderungsanteile und damit verbundenen verminderten Erfahrungschancen mit Einwanderung im Osten zurück. Die Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland muss in stärkerem Maße die Bundesländer, Regionen und Nachbarschaften mit einbeziehen, die bislang wenig von Einwanderung profitierten. Anderenfalls besteht die Gefahr, diese Regionen von der Entwicklung interkultureller Kompetenz abzuhängen. Gerade wenig prosperierende ländliche Gebiete können außerdem durch Einwanderung ihre Infrastruktur verbessern.

6. Die gegenwärtige Entsolidarisierung der Europäischen Gemeinschaft gefährdet deren Ansehen tiefgreifend. Das wird die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger und ihre Bereitschaft, sich für dieses Gemeinwesen einzusetzen, nachhaltig beschädigen. Europa muss in der sogenannten Flüchtlingsfrage zu einer gemeinsamen und solidarischen humanitären Haltung finden.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrte Damen und Herren, mit obigen Ausführungen beziehen wir uns auf die aktuelle Problemlage. Hier nicht angesprochen haben wir mittel- bis langfristige Maßnahmen. Ein Großteil der Menschen, die heute als Flüchtlinge zu uns kommen, wird dauerhaft bleiben. Der Erfolg oder das Scheitern ihrer Integration wird das Gesicht Deutschlands und Europas der nächsten Generationen prägen. Vernachlässigt haben wir außerdem zunächst die Betrachtung der aktuellen Situation der Flüchtlinge in den Erstaufnahmelagern und in den Gemeinden. Auch hier gibt es aus der Sicht unserer Disziplin die Notwendigkeit von Verbesserungen.

gez.

Prof. Dr. Ulrich Wagner, Philipps-Universität Marburg

Kontakt: 06421 282 3664; Wagner1@uni-marburg.de; www.sozialpsychologie-marburg.de

Quelle (mit allen Unterschriften) – Stand: 16.2.2016:

<https://www.uni-marburg.de/fb04/team-sozialpsychologie/aktuelles/document.2016-02-10.0875762241>